



Schleswig-Holsteinischer Landtag
Innen- und Rechtsausschuss
- L 21 -

Kiel, 24. September 2015
Landeshaus
Tel. (0431) 988 1141
(0431) 988 1152
Fax (0431) 988 610 1180
Innenausschuss@landtag.ltsh.de

Kurzb e r i c h t

über die

*108. Sitzung des **Innen- und Rechtsausschusses***

*am Mittwoch, dem 23. September 2015,
im Sitzungszimmer 142 des Landtages*

Beginn: 14:05 Uhr

Der Ausschuss beschloss einstimmig, zum Antrag der Fraktion der PIRATEN, **Für eine solidarische Flüchtlings- und Asylpolitik in Schleswig-Holstein, Deutschland und Europa - Asylgesetzgebungen anpassen**, [Drucksache 18/2449](#) (selbstständig), gegenüber dem federführenden Europaausschuss keine Empfehlung abzugeben.

Er schloss seine Beratungen zum **Bericht zur Situation der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge in Schleswig-Holstein**, [Drucksache 18/2751](#), ab und empfahl dem mitberatenden Sozialausschuss, sich noch einmal durch die Landesregierung über den aktuellen Sachstand berichten zu lassen. Der Bericht wurde im Übrigen vom Innen- und Rechtsausschuss abschließend zur Kenntnis genommen.

Den Bericht der Landesregierung, **Humanitäre Flüchtlingspolitik beibehalten!**, [Drucksache 18/2752](#), nahm der Innen- und Rechtsausschuss ebenfalls abschließend zur Kenntnis.

Seine Beratungen zum Gesetzentwurf der Fraktion der PIRATEN zur **Bereitstellung dokumentenechter Stifte in Wahlzellen**, [Drucksache 18/2622](#), stellte der Ausschuss bis zur Vorlage der von den Regierungsfractionen angekündigten Gesetzesvorlage zur Änderung des Wahlrechts zurück.

Die Ausschussmitglieder beschlossen einstimmig, zum Antrag der Fraktion der PIRATEN, **Grenzübergreifende kulturelle Teilhabe: Minderheiten schützen, Geoblocking im öffentlich-rechtlichen Rundfunk abschaffen**, [Drucksache 18/2948](#), kein eigenes Votum gegenüber dem federführenden Europaausschuss abzugeben.

Die Ausschussmitglieder kamen überein, zum **Tätigkeitsbericht 2013/2014 der Antidiskriminierungsstelle des Landes Schleswig-Holstein**, [Drucksache 18/2912](#), die Antidiskriminierungsbeauftragte in eine ihrer nächsten Sitzungen einzuladen und sie zu bitten, die im Rahmen der schriftlichen Anhörung eingegangenen Stellungnahmen unter dem Gesichtspunkt „Novellierungsbedarf des AGG“ zu bewerten.

Der Ausschuss schloss seine Beratungen zum Gesetzentwurf der Landesregierung zur **Änderung des Ausführungsgesetzes zum Gerichtsverfassungsgesetz**, [Drucksache 18/3055](#), ab. Der von der Fraktion der PIRATEN im Beratungsverfahren vorgelegte Änderungsantrag, [Umdruck 18/4848](#), wurde vom Antragsteller zurückgezogen. Bei Enthaltung der FDP mit den Stimmen der übrigen Fraktionen und des SSW empfahl der Ausschuss dem Landtag, den Gesetzentwurf der Landesregierung unverändert anzunehmen.

Die Ausschussmitglieder berieten außerdem abschließend über den Gesetzentwurf der Landesregierung zur **Aufhebung von Gesetzen über staatliche Auszeichnungen**, [Drucksache 18/3233](#). Einstimmig empfahlen sie dem Landtag den Gesetzentwurf mit der Änderung zur Annahme, Artikel 4 zu streichen.

Zum Antrag der Fraktion der PIRATEN, **Für eine neue Flüchtlingspolitik - „unsichere Herkunftsländer“ festlegen**, [Drucksache 18/3342](#), wurde das Ministerium für Inneres und Bundesangelegenheiten gebeten, in einer der nächsten Sitzungen im Ausschuss darzulegen, inwieweit sich der Vorschlag in die geltende Rechtslage einbetten ließe.

Seine Beratungen zum Antrag der Fraktion der FDP, **Für eine bessere Flüchtlings- und Einwanderungspolitik**, [Drucksache 18/3353](#), stellte der Ausschuss zurück. Die flüchtlingspolitischen Sprecher wurden gebeten, miteinander die Möglichkeit eines gemeinsamen Antrags auszuloten.

Einstimmig empfahl der Ausschuss dem Landtag, den Bericht der Landesregierung zum Antrag **„Menschenwürdige Unterbringung sichern! Gemeinsames Konzept von Land und Kommunen zur Unterbringung von Flüchtlingen im Land Schleswig-Holstein“** sowie zum Antrag **„Halbjährlicher schriftlicher Sachstandsbericht der Landesregierung über die Umsetzung des Flüchtlingspaktes“**, [Drucksache 18/3340](#), zur Kenntnis zu nehmen.

Zu folgenden Vorlagen beschloss der Ausschuss die Durchführung einer schriftlichen Anhörung:

- **Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Kommunalwirtschaft**
Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drucksache 18/3152](#)
(Benennung der Anzuhörenden innerhalb von vier Wochen unter Einbeziehung des Wirtschaftsausschusses)
- **Entwurf eines Gesetzes zur Modernisierung des Landesbeamtenrechts - (LBModG)**
Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drucksache 18/3154](#)
(Benennung der Anzuhörenden innerhalb von innerhalb von zwei Wochen unter Einbeziehung des Finanzausschusses)
- **Gesetz zur Stärkung der inneren Pressefreiheit**
Gesetzentwurf der Fraktion der PIRATEN - [Drucksache 18/3162](#)
(Benennung der Anzuhörenden innerhalb von zwei Wochen)
- **Entwurf eines IT-Gesetzes für die Justiz des Landes Schleswig-Holstein (IT-Justizgesetz - ITJG)**
Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drucksache 18/3224](#)
(Benennung der Anzuhörenden innerhalb von zwei Wochen)

Folgende Punkte setzte der Ausschuss von der Tagesordnung ab:

- Dem demografischen Wandel effektiv begegnen - Die Sportentwicklung in Schleswig-Holstein vorantreiben und die Vereine fit für die Zukunft machen

Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der CDU - [Drucksache 18/3030](#)

- Bundesratsinitiative zur technischen Sicherung des Fernmeldegeheimnisses - Ende-zu-Ende-Verschlüsselung für das Telefon

Antrag der Fraktion der PIRATEN - [Drucksache 18/3311](#)

- Das Land muss auf die Flüchtlingssituation angemessen reagieren

Antrag der Fraktion der CDU - [Drucksache 18/3349](#)

- Anwendbarkeit des Erlasses zu Windenergie evaluieren

Antrag der Fraktion der CDU - [Drucksache 18/3161](#)

Bericht der Landesregierung - [Drucksache 18/3266](#)

Terminplanung		
30. September 2015,	14 Uhr	Sitzung des Innen- und Rechtsausschusses: Mündliche Anhörung zum Antrag „Fürsorgepflicht des Dienstherrn wahrnehmen - Justizvollzugsbedienstete nicht allein lassen
7. Oktober 2015,	12 Uhr	Sitzung des Innen- und Rechtsausschuss: Bericht des Innenministeriums zur aktuellen Situation der Flüchtlinge und Asylsuchenden in Schleswig-Holstein
	ab 14 Uhr	Mündliche Anhörung Landesbauordnung

Schluss: 15:05 Uhr

gez. Dörte Schönfelder